Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrage- und Postgebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 62. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2649 | Dienstag, den 13. März 1928

Potemkinsche Dörfer.

Nun sollen die „Monarchisten" und andere „Gegenrevolutionäre" daran schuld sein, daß es im Wirtschaftsgetriebe des „sozialisierten" Sowjetrußlands durchaus nicht klappen will! Es ist vollständig ausgeschlossen, daß Deutsche, die von ihren Firmen als Ingenieure, Monteure usw. nach Rußland gesandt worden sind, sich dort irgendwie in politische Intrigen einlassen würden. Dazu ist der Deutsche im Ausland an und für sich schon viel zu zurückhaltend und vorsichtig und ganz besonders ist er es in Rußland. Aus allzu verständlichen Gründen.

Wir haben den Russen einen Kredit in einer Gesamthöhe von 360 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt — aber das hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Weder ging unsere Hoffnung in Erfüllung, daß der deutsch-russische Warenaustausch sich erheblich erhöhen, Deutschland an erster Stelle als Lieferant für die russische Wirtschaft in Betracht kommen würde, auch diese russische Gesamtwirtschaft befindet sich in einem durchaus unerfreulichen Zustand. Ein großer Teil der deutschen Konzessionsunternehmungen sind zusammengebrochen; erinnert sei vor allem an die „Mologa" Holzverwertungsindustrie A.-G., deren Bankerott den deutschen Gläubigern einen Verlust von etwa 25 Millionen Mark verursachte. Andere folgten — und die Ursache ist meistenteils in den überaus schwierigen Verhältnissen des russischen Wirtschaftssystems zu suchen, in der „antikapitalistischen" Einstellung, die der Unternehmerinitiative nur einen sehr geringen Spielraum verstattet.

Auf der einen Seite also diese Zusammenbrüche, auf der anderen nicht bloß der Rückgang des deutschen Exports nach Rußland, sondern auch die Tatsache, daß England und Amerika auf dem russischen Absatzgebiet uns weit überflügelt haben. Und schließlich noch die dritte, daß nämlich Deutschland jetzt mehr Waren aus Rußland bezieht als es nach dorthin absetzt. Dabei ist der 360-Millionen-Kredit völlig in Anspruch genommen — doch damit sind die Russen immer noch nicht zufrieden! Zurzeit befindet sich eine russische Wirtschaftskommission in Berlin, die noch viel weitergehende Wünsche kundgetan hat. Sie will nicht bloß einen neuen großen Warenkredit erhalten, sondern verlangt von deutschen Firmen, die in das russische Geschäft hineinkommen wollen, darüber hinaus noch sehr erhebliche Barkredite. Dieses Verlangen wird wohl dann auf kein großes Entgegenkommen stoßen, wenn die Russen aus überaus dunklen, absichtlich dunkel gehaltenen Gründen derartig gegen Deutsche vorgehen, wie es jetzt im Donetzkohlenrevier geschieht. Auch die sonstigen Umstände, die mit diesen Verhaftungen verknüpft sind, machen die ganze Affäre noch peinlicher.

Seit mehr als einem Jahrzehnt befindet sich die russische Wirtschaft betriebstechnisch und organisatorisch in vollster Auflösung, überstürzt ein „sowjetrevolutionäres" Experiment das andere. Das gilt besonders in der Schwerindustrie, deren erste Anfänge überhaupt nur bis zu den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zurückreichen. Erst ganz langsam, unter zahlreichen Rückschlägen, ist es gelungen, wieder etwas aufzurichten, nachdem die Revolution und die sich anschließenden Bürgerkriege — nicht zuletzt im Donetzgebiet — alles zerstört hatten, was an „kapitalistischen" Einrichtungen vorhanden war. Dem Ausländer wurde natürlich nur das gezeigt, was man in der Zeit der Zarenherrschaft so gern als „Potemkinsche Dörfer" bezeichnet hatte. Daran — wie an anderen russischen Zuständen — hat man auch unter der Bolschewistenherrschaft festgehalten. Aber diese Dorffassaden gibt es nicht bloß in der russischen Industrie, sondern auch der wichtigste Produktionszweig Rußlands, die Getreidewirtschaft, hat Vorkommnisse und Gärungen gezeitigt, die vorher als „gegenrevolutionär" bezeichnet wurden und deshalb zu einem staatlichen Eingreifen führten. Offenbar sind aber auch hier nur rein wirtschaftliche, praktisch gebotene Widerstände gegen die grasgrüne Wirtschaftstheorie des Sowjetregimes erfolgt, hat sich die Wirklichkeit gegenüber den am Schreibtisch entstandenen kommunistischen „Forderungen" durchgesetzt.

Die Russen wissen, daß infolge des allgemeinen weltwirtschaftlichen Absatzmangels ein Wettrennen zwischen den einzelnen Ländern veranstaltet wird zwecks Wiedereroberung des russischen Marktes. Sie wissen das — und darum diese Primadonnenmanieren; darum auch derartige Vorkommnisse wie die Verhaftung der Fremden. Man will eben, koste es was es wolle, die Fassaden retten.

•

Die Verhaftung der deutschen Ingenieure.

Nach einer Mitteilung der Direktion der A. E. G. handelt es sich bei den verhafteten Deutschen um unbedingt zuverlässige Leute, bei denen es vollkommen ausgeschlossen ist, daß sie sich irgend etwas hätten zuschulden kommen lassen. Der eine verhaftete Oberingenieur ist 55 Jahre alt und steht seit etwa 30 Jahren in den Diensten der A. E. G. Die Direktion der A. E. G. hält es für vollkommen ausgeschlossen, daß die drei Leute sich unter Mißachtung der Interessen des Hauses in politische Machinationen eingelassen hätten.

Auch die Firma Koppers in Bochum hält es für unmöglich, daß sich ihre sorgfältig ausgewählten Angestellten in Rußland politisch betätigt haben.

Veröffentlichung des Phöbusberichtes

Geschäfte Kapitän Lohmanns.

Die Seetransportabteilung.

Lange Wochen sind mit Auseinandersetzungen über die Seetransportabteilung unter Kapitän Lohmann dahingegangen und mancherlei Andeutungen wurden gemacht über die Verluste, die dabei dem Reiche erwachsen sind. Sparkommissar Sämisch wurde mit der Ausarbeitung einer Denkschrift beauftragt, die auch der Reichsregierung zugegangen sein sollte, aber zunächst nicht veröffentlicht wurde. Der Reichskanzler erklärte vor einigen Tagen, die Denkschrift des Herrn Sparkommissars sei nicht ganz vollständig, sie werde ergänzt und dann dem Reichshaushaltsausschuß zugehen. Das ist jetzt geschehen.

Der Bericht bildet ein Heft von 21 Schreibmaschinenseiten und beginnt: „Der Gesamtkomplex der Transaktionen, die Kapitän Lohmann außerhalb des geschäftsmäßigen Bereiches der von ihm geleiteten Seetransportabteilung vorgenommen hat, läßt sich hinsichtlich der Frage der Legitimation zur Ausführung dieser Handlungen in drei Gruppen zergliedern. Der ersten Gruppe gehören diejenigen Maßnahmen an, die Kapitän Lohmann auf Grund und im Rahmen der ihm bei Zuweisung der Reichsgelder von dem damaligen Chef der Marineleitung erteilten Generalermächtigung zur zweckentsprechenden Bewirtschaftung und Verausgabung dieser Sondermittel getroffen hat.

Die zweite Gruppe bezieht sich auf die Phöbusfilmangelegenheit, bei der Kapitän Lohmann teilweise im Einverständnis mit seinen Vorgesetzten, teilweise ohne deren Wissen und Willen gehandelt hat. Die dritte Gruppe umfaßt diejenigen Geschäfte, die Kapitän Lohmann ganz auf eigene Verantwortung getätigt hat."

Zur Phöbusfilmangelegenheit

sagt der Bericht: Auch wenn man die Frage des Für und Wider, ob der Staat auf die Beschreitung der im Film liegenden Propagandamöglichkeiten Einfluß nehmen will, offen läßt, so ist doch kein Wort darüber zu verlieren, daß es sich im vorliegenden Falle um einen untauglichen Versuch mit untauglichen Mitteln gehandelt hat. Die Berufung darauf, daß die Marineministerien anderer Länder sich ebenfalls mit der Filmpropaganda befassen, ändert daran nichts.

Zur Deckung der dem Fiskus aus der Vollmachtsüberschreitung des Kapitäns Lohmann erwachsenen Regreßansprüche wird bereits der der Zwangsvollstreckung unterliegende Teil der Bezüge Lohmanns einbehalten. Die Frage weiterer Regreßansprüche wird geprüft.

Der Konkurs der Phöbusfilm-A.-G. wurde aus dem Grunde nicht in die Wege geleitet, weil man der Überzeugung war, die Interessen der Allgemeinheit durch Vermeidung des Konkurses am besten wahren zu können. Zur dritten Gruppe der Geschäfte wird gesagt: Die Offenlegung des dritten Betätigungskreises des Kapitäns Lohmann führt in einen Komplex hinein, dessen Vorhandensein dem Ansehen der Reichsmarine besonderen Abbruch getan hat.

Hier wird vor allem die geldliche Interessennahme Lohmanns an dem Berliner Bankverein erwähnt und die Beteiligung an der Bacon-Company erörtert. Schließlich wird gesagt: „Eine ins einzelne gehende zahlenmäßige Darstellung aller Vorgänge ist bei der Undurchsichtigkeit der von Kapitän Lohmann getroffenen Maßnahmen noch nicht möglich gewesen." Zu einem Schlußabsatz werden die Sicherungen gegen eine künftige Wiederholung von Vorkommnissen der geschilderten Art behandelt.

Dieser Bericht wird, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, bei der Beratung im Reichshaushaltsausschuß lebhafte Kritik erfahren. Von den Oppositionsparteien werde erklärt, der Bericht schaffe keine Klarheit über den finanziellen Umfang der Geschäfte und lasse sehr wesentliche Dinge fort in der Tendenz, die ganze Angelegenheit zu einem persönlichen Fall Lohmann zu machen und die Vorgesetzten des Kapitäns zu entlasten.

Der Aufmarsch des Meißner Bezirks-Landvolkes

Handwerker und Einzelhändler marschierten mit ..

Eindrucksvolle Kundgebung in Meißen

Bauernnot — Landnot — Volksnot! In allen deutschen Gauen marschieren jetzt die deutschen Landwirte auf, um das öffentliche Gewissen zu mahnen an die Pflichten der Landwirtschaft und ihren verwandten Wirtschaftsbetrieben gegenüber. Die Krise, die für sie mit der Stabilisierung der Mark ausbrach, hat jetzt ihren Höhepunkt erreicht. Bauer in Not ist kein Schlagwort mehr, es ist der Schicksalsschrei der sterbenden Landwirtschaft. Kommt ein großer Teil zum Erliegen oder doch zum Uebergang zu extensiver Bewirtschaftung, dann ist die Ernährung des deutschen Volkes bedroht. Um die Oeffentlichkeit aufzurütteln und die maßgebenden Stellen auf die Gefahr aufmerksam zu machen, hatte der Sächsische Landbund gestern seine Mitglieder im ganzen Lande zu Protestkundgebungen aufgeboten.

Besonders eindrucksvoll gestaltete sich die Demonstration der Bauernschaft des Bezirkes Meißen, an der sich Handwerk und Gewerbe, Einzelhandel und Hausbesitz beteiligten. Die Teilnehmer des Wilsdruffer Bezirkes fuhren in einem überfüllten Extrazuge mittags ein Uhr nach Meißen. Am Plossen stellten die Bauern, am Lämmerhaus Handwerker und Einzelhändler, ihnen schlossen sich große Scharen Dresdner Bauern an. Es mögen zusammen 7 bis 8000 Mann gewesen sein, die in Achterkolonnen und mustergültiger Ordnung durch die Straßen der Stadt zogen. Vereinzelt wurden Schilder mitgeführt.

In der Amtshauptmannschaft sprach eine Abordnung mit Herrn Kaiser-Grumbach vor und überreichte die folgenden Forderungen:

„Der Meißner Landbund sieht sich gezwungen, der Amtshauptmannschaft davon Kenntnis zu geben, daß das Landvolk beschlossen hat, eine Reihe von Selbsthilfsmaßnahmen durchzuführen, die wir in Abschrift beilegen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir aber eine Klage vorbringen, die durch das im höchsten Maße unverständliche und wirtschaftsfeindliche Auftreten der Grundsteuerbehörde vorläufig in dieser Form bekannt gegeben werden soll. Zwischen der Leitung der Amtshauptmannschaft und der des Landbundes haben in letzter Zeit öfters Aussprachen stattgefunden, die bei uns den Eindruck hinterließen, daß die Amtshauptmannschaft gewillt ist, unserer Notlage Rechnung zu tragen. Die Richtlinien der Leitung der Behörde scheinen aber bei allen Unterbeamten, zum mindesten nicht beim Leiter des Grundsteueramtes Beachtung zu finden. Die Art und Weise, wie von dieser Stelle nach jeder Steuer-Aussprache gegen die furchtbare Wirklichkeit unserer Lage Stellung genommen wird, läßt nicht erkennen, daß der Beamte einen Ueberblick über die wirkliche Wirtschaftslage hat. Rücksichtslos wie nur selten jemand verfolgt er das Eintreiben der Steuer und zwingt unsere Mitglieder zu Notverkäufen oder zu untragbaren Schulden. Wir müssen fordern, daß die Auffassung, die der Leiter der Behörde von der Wirtschaftslage hat, sich durchsetzt bis zum letzten Beamten, und wenn dieser nicht geneigt ist, die Weisung zu befolgen, verlangen wir seine Abberufung von seinem Posten, auf den er nicht mehr gehört, wenn ihm das nötige Verständnis für das ihm übertragene Amt abgeht."

Die Abordnung, die in die sozialdemokratische Volkszeitung entsandt wurde und aus Vertretern der kleinsten Landwirte bestand, um die Herren dort davon zu überzeugen, daß auch der kleinste landwirtschaftliche Besitz heute dieselben Interessen und Ziele hat, wie der größere und größte, wurde nicht empfangen.

Den in Meißen zusammengekommenen leitenden Beamten der Finanzämter des Bezirkes wurde folgendes unterbreitet:

„Die deutsche Landwirtschaft kämpft um ihre Existenz. Alle bisherigen Bemühungen in Reich und Ländern, die Parlamente über die furchtbare Lage des Nährstandes aufzuklären, haben versagt. Große und einflußreiche Volkskreise wollen immer noch nicht einsehen, daß Bauernnot — Volksnot bedeutet. Die von der Reichsregierung dem Reichstag vorzulegenden Abschnitte des sogenannten Notprogramms für die Landwirtschaft sind derartig ungenügend, daß sie eine Rettung und Aufenthalt unseres Niederganges nicht bringen können. Hierzu kommt, daß diese Regierungsvorlage von starken Reichstagsparteien und vom Preußenkabinett bekämpft und zerpflückt wird. **Das Land braucht sofortige und gründliche Hilfe!** Die Not betrifft die Betriebe aller Größen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Da Hilfe uns bis jetzt versagt geblieben ist, schreiten wir zur Selbsthilfe und überreichen Ihnen die vom Sächs. Landbund beschlossenen **Selbsthilfemaßnahmen**, die durchzuführen wir allen Mitgliedern zur Pflicht gemacht haben."

Eine weitere Abordnung überreichte dem „Meißner Tageblatt" die Wünsche der Landwirtschaft und der ihr angeschlossenen Berufsstände, und auch dem Rat der Stadt Meißen wurde folgendes unterbreitet:

„Der Meißner Landbund sieht sich gezwungen, der furchtbaren Notlage seiner Mitglieder Rechnung zu tragen und überreicht aus diesem Grunde die Abschrift der **Selbsthilfemaßnahmen**, die der Sächs. Landbund beschlossen hat. Die Begründung dieser Maßnahmen ergibt sich aus der Lage. Die Landwirtschaft, die seit der Inflation 7 Milliarden neue Schulden auf sich laden mußte und die trotz 12—16stündiger Arbeit nicht in die Lage kommt, eine Rente zu erzielen, die es ihr ermöglicht, ihre Mitarbeiter angemessen zu entlohnen, sieht sich in die Lage gesetzt, Maßnahmen zu ergreifen, die für das Volksganze zweifellos von Bedeutung sein müssen. Wenn Millionen städtischer Bewohner weiter achtlos an unserer Not vorbeigehen und darüber nicht nachdenken, daß ein großer Teil ihrer Einkünfte vom Landvolk in harter Arbeit und Mühe bei

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF